

Mehr Qualität in der Pflege für mehr Patientensicherheit

Die BDP erhöht den Druck für eine menschenwürdige Pflege.

Die Bürgerlich-Demokratische Partei (BDP) Schweiz hat bereits im Mai 2017 vom Bundesrat die Sicherstellung einer menschenwürdigen Pflege und die Behebung der beschämenden Mängel verlangt. Seither ist wenig passiert. Nun will die BDP den Druck erhöhen, weil nicht nur die Qualität der Pflege gefährdet ist, sondern insbesondere auch die Patientensicherheit. - Aus Sicht der BDP ist dies unhaltbar.

Die Qualität der Pflege in der Schweiz sinkt weiter rapide und führt teilweise zu unwürdigen Zuständen - sowohl für die Pflegebedürftigen wie auch für die Mitarbeitenden. Pflegebedürftige werden zu Kostenträgern degradiert, und die Mitarbeitenden stossen zunehmend an ihre Grenzen. - Das ist für ein Land wie die Schweiz schlichtweg beschämend!

Die BDP will deshalb mit zwei Fraktionsvorstössen den Druck erhöhen. Sie verlangt einerseits die Einführung einer so genannten ‚nurse-to-patient-ratio‘ und andererseits die Überwachung der Qualitätsindikatoren bei der ambulanten Pflege. Analog zu den Daten der stationären Pflegedienstleister sollen so auch die Daten der Leistungserbringer des ambulanten Pflegebereichs hinsichtlich der Qualitätsindikatoren überwacht und veröffentlicht werden. Eine solche Überwachung ist vor allem deshalb nötig, weil sich der zu erwartende Pflegenotstand auf die Qualität und damit auf die Patientensicherheit auswirken wird.

Ebenso hat der bevorstehende Mangel an Fachkräften negative Auswirkungen auf die Qualität der Pflege und somit auf die Patientensicherheit. Attraktivitätssteigerungen für den Beruf gehen hingegen Hand in Hand einher mit Qualitätsverbesserungen. Dazu braucht es die so genannte ‚nurse-to-patient-ratio‘. Damit wird die Anzahl diplomierter Pflegefachleute pro Pflegeteam erhöht und gleichermassen die Pflegezeit pro Patient durch eine diplomierte Pflegefachperson. Diverse Langzeitstudien zeigen klar positive Auswirkungen. Ebenso führt eine ‚nurse-to-patient-ratio‘ nachweislich zu einer Reduktion der Pflegekosten.

Auskunft:

Nationalrätin Rosmarie Quadranti, Fraktionspräsidentin, 079 865 86 11

Nationalrat Martin Landolt, Parteipräsident 079 620 08 51

23.09.2019